



Newsletter Mai 2008

15. Mai 2008

Inhalt:

Weiterbildungsseminare

1. Parteitag der LINKEN in Cottbus

"Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan"

Gemeinsam für gute Rente

Internes

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine aktuelle Information: Für das Weiterbildungsseminare für PR- und Öffentlichkeitsarbeit am **17. Mai** sind noch einige Plätze verfügbar. **Layout für Öffentlichkeitsarbeit: Wie gestalte ich Anzeigen, Flyer, Poster und Broschüren?** Workshop (Layout/ Typografie) mit Christoph Nitz und Rüdiger Metzler

Dieser Kurs (und die anderen) finden im Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof), Seminarraum 7 statt. Anmeldungen einfach per Mail an: seminare@pressebueronitz.de

Es können gern eigene Laptops mitgebracht werden, die über WLAN genutzt werden können. Für dieses Seminar sind Computer notwendig. Wer keinen eigenen mitbringen kann, soll dies bei der Anmeldung anzeigen. Es kann auf Laptops des Pools zurückgegriffen werden.

Die Veranstaltungen sind Angebote der politischen Bildung und stehen allen Interessierten offen.

Kosten je Tagesseminar 5 Euro (dafür ist ein Mittagsimbiss im Preis enthalten). Durchgeführt werden sie von der Linken Medienakademie im Auftrag der Hellen Panke e.V., des kommunalpolitischen forums berlin e.V. sowie mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Weitere Kurse 2008:

31.05.2008: Einführung in journalistische Genres Workshop (Journalistische Genres und Nachricht) mit Christoph Nitz und Dr. Michael Meissner

07.06.2008: PR- und Öffentlichkeitsarbeit für Kommunalpolitiker mit Christoph Nitz

28.06.2008: Texte für eigene Publikationen Workshop (Redigieren / Textbehandlung) mit Christoph Nitz und Jörg Staude

05.07.2008: Digitale Fotos in PR- und Öffentlichkeitsarbeit Workshop (Bildbearbeitung) (Anforderungen an ein Pressefoto. Wie plant man einen Fototermin? Tipps zur Bildbearbeitung und -beschriftung. Bilder archivieren) mit Christoph Nitz und Bernd Lammel

09. + 10.08.2008: Textwerkstatt intensiv mit Peter Linden (medium magazin) und Christoph Nitz

30.08.2008: Pressearbeit konkret für Kommunalpolitiker mit Christoph Nitz

05.09.2008: Web 2.0 – PR- und Öffentlichkeitsarbeit für neue Medien Onlinemedien mit Matthias Spielkamp und Christoph Nitz

27.09.2008: Linkes CMS und Typo 3 Workshop (Onlinemedien II) mit Gunter Mintzel und Jens Hoppe

27. + 28.09.08: Rhetorik für Kommunalpolitiker intensiv mit Christoph Nitz

25.10.2008: Kommentar, Interview Workshop (Texten für Printmedien I) mit Dr. Michael Meissner und Christoph Nitz

14.11.2008: Internet-Recherche Workshop (Recherche I) mit Albrecht Ude und Christoph Nitz

06.12.2008: Layout u. Infografik Workshop (Layout II) mit Christoph Nitz und Markus Kluger

1. Parteitag der LINKEN in Cottbus

Am 24. und 25. Mai 2008 findet in Cottbus der 1. Parteitag der LINKEN statt. Ein Jahr nach Gründung der LINKEN wird der Parteitag die Weichen stellen, um die Bundestagswahl 2009, die Europawahl und zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlen vorzubereiten. Der Parteivorstand hat dazu einen Leitantrag mit den Schwerpunktaufgaben vorgelegt. Dazu gehören die Kampagnen der LINKEN, um soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik zu stoppen und DIE LINKE zu stärken. Neu zu wählen sind von den Delegierten der Parteivorstand und weitere zentrale Gremien.

Für eure Berichterstattung vom Parteitag hat Franziska Schneider, Rote Reporterin aus Cottbus, einige Fakten zur Gastgeber-Stadt zusammengestellt (Anlage).

Die Roten ReporterInnen werden durch die auf unserer RoRe-Mitgliederversammlung während der Linken Medienakademie gewählten Delegierten Felicitas Weck und Christoph Nitz vertreten sein. Außerdem nehmen Roten ReporterInnen in den Delegationen der Landesverbände und der anderen innerparteilichen Zusammenschlüssen am Parteitag teil. Wir werden Gelegenheit haben, uns während des Parteitages zum Beispiel am Informationsstand der Roten ReporterInnen zu treffen, für den Klaus H. Jann die organisatorische Verantwortung übernommen hat. Für die Standbetreuung werden noch HelferInnen gesucht: Bitte bei Klaus H. Jann melden: jannrore@t-online.de

Über **Anträge** an den Parteitag könnt ihr euch auf der Internetseite der LINKEN informieren:

http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/

Dort findet ihr im Antragsheft auch den Antrag unserer Bundesarbeitsgemeinschaft: „**DIE LINKE braucht wirksame Publikationen**“. Die entsprechenden Seiten aus dem Antragsheft findet ihr auch in der Anlage. Wir bitten, für diesen Antrag um politische Unterstützung bei Delegierten und Gliederungen der Partei zu werben. Wir beabsichtigen auf dem Parteitag ein Antragsblatt mit den Namen weiterer Unterstützer zu verteilen. Wir brauchen eine breite Unterstützung, damit das Anliegen, wirksame Publikationen für DIE LINKE zu bekommen, ernst genommen wird. Der Antrag wurde in einzelnen Ländern sehr positiv aufgegriffen und kann die Arbeit aller LINKEN Medienmacher/innen stärken. Rückmeldungen bitte an: news@rote-reporter.de

Auf der Internetseite zum Parteitag (s.o) findet ihr den jeweils aktuellen Stand der angekündigten **Kandidaturen** für die zentralen Parteigremien. Auf der Sitzung des geschäftsführenden RoRe-SprecherInnenrates am 26. April haben wir uns über die bis dahin bekannten Kandidaturen für den Parteivorstand informiert und empfehlen insbesondere die Unterstützung von Christine Buchholz und Inga Nitz. Beide gehörten auch bisher dem Parteivorstand an.

Christine Buchholz, Rote Reporterin und Journalistin, ist im geschäftsführenden Parteivorstand für die Zusammenarbeit mit unserer Bundesarbeitsgemeinschaft zuständig. Das hat sich zum Beispiel bei der diesjährigen Linken Medienakademie bewährt. In ihrem Bewerbungsbrief für die Wahl in den Parteivorstand schreibt sie u.a.: „Die Partei muss ihre Mitglieder zu befähigen, in den Gewerkschaften für eine Ausrichtung gegen Standortkonkurrenz und Krieg zu wirken. In diesem Sinne möchte ich weiter an Parteipublikationen wie dem Email-Newsletter und der Mitgliederzeitung mitwirken.“

Inga Nitz, Rote Reporterin in Bremen, hat die dortige Landesarbeitsgemeinschaft maßgeblich mit aufgebaut und zu einer lebendigen Gruppe entwickelt. In ihrem Bewerbungsblatt für den Parteivorstand schreibt sie zu ihrer Arbeitsweise: „Mein Abgeordnetenbüro in Bremens Norden ist – ebenerdig und mit großen Schaufenstern versehen – ein Ort direkter Kommunikation. Wer vorbeikommt, ist gern auf ein Gespräch und eine Tasse Tee oder Kaffee eingeladen. Also: Lasst uns für unsere Politik mit Leidenschaft streiten – dort wo die Menschen sind, wie es schon Clara Zetkin empfiehlt.“

„Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan“

Unter diesem Motto sammelt die Friedensbewegung **Unterschriften für eine Petition an den Bundestag**. Ziel der Unterschriftensammlung ist es, die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr am Hindukusch zu stoppen. Denn: Deutschland versinkt immer tiefer im Sumpf des Afghanistan-Krieges. Im Sommer wird erstmals eine „Schnelle Eingreiftruppe“ die dort stationierten Verbände verstärken. Schon jetzt ist bekannt, dass bei der Verlängerung des Einsatzmandates eine massive Truppenaufstockung vorgenommen werden soll. Eine Beendigung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr eröffnet die Chance für eine friedlichere Entwicklung.

Teil der Kampagne gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist ein **Kongress** mit Expertinnen und Experten, Kriegsverweigerern und Friedensaktivisten und Friedensaktivistinnen aus Europa und Übersee am 7. und 8. Juni in Hannover. Unmittelbar vor der Entscheidung des Bundestages über die Mandatsverlängerung ruft die Friedensbewegung im September zu einer zentralen **Demonstration in Berlin** auf.

Weitere Informationen: www.die-linke.de/bundeswehr_raus_aus_afghanistan

Dort findet ihr auch den **Kampagnenleitfaden** zum Download (PDF-Datei, 199 kB) und Daten zum **ReferentInnen-Pool** (Download als PDF-Datei, 51 kB), die für Veranstaltungen und Beiträge angefragt werden können.

Gemeinsam für gute Rente

DIE LINKE ist die einzige Partei im Parlament, die sich für die gesetzliche Rente stark macht. Ihr Ziel: den Lebensstandard im Alter sichern und dadurch Altersarmut verhindern. Ihr Mittel: eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, in die allen Berufsgruppe, Angestellte und Selbstständige, solidarisch einzahlen. Die Rentenformel soll repariert, die Kürzungsfaktoren zurück genommen werden. Außerdem muss die Grundsicherung für Menschen mit geringen Rentenansprüchen verbessert werden, der Solidarausgleich soll erweitert werden. DIE LINKE startet auf dem Parteitag in Cottbus eine bundesweite Renten-Kampagne. Zum Auftakt finden in fast allen Landesverbänden ganztägige Arbeitskonferenzen statt.

In der Anlage findet ihr einige Materialien zur Rentenkampagne als txt-Dateien.

Internes

Im geschäftsführenden RoRe-SprecherInnenrat haben wir erste Zuständigkeiten „verteilt“.

AnsprechpartnerInnen für die Landesarbeitsgemeinschaften:

Jan Maas – HH, SH, Berlin - jan.maas@gmx.net

Heidi Kloor - Berlin, NRW, Sachsen-Anhalt - heidi.kloor@googlemail.com

Inga Nitz – HB, Saarland, Rheinland-Pfalz - inga.nitz@web.de

Felicitas Weck – Niedersachsen, Thüringen, Hessen - Felicitas.Weck@linksfraktion.de

Klaus Dieter Heiser - BB, MVP, Sachsen, - kd.heiser@rote-reporter.de

Christoph Nitz – NRW, BaWü, Bayern, Rheinland-Pfalz - c.nitz@nd-online.de

Finanzen: Heidi Kloor

Newsletter: Klaus-Dieter Heiser, Jan Maas

Mitgliederverwaltung: Christoph Nitz

LiMA: Christoph Nitz und Bernd Hüttner

--

Bundesarbeitsgemeinschaft

rote reporterInnen

bei und in der LINKEN

SprecherInnenrat:

Christoph Nitz, Vorsitzender

Klaus-Dieter Heiser, Heidi Kloor, Felicitas Weck, stellvertretende Vorsitzende

Sabine Bomeier, Sophie Dieckmann, Nele Hirsch (MdB), Bernd Hüttner, Klaus H. Jann, Jörg Rogall, Blanka Seelgen, Joachim Spaeth

h

Diese Mail schrieb Euch:

Klaus-Dieter Heiser

Geygerstraße 7, 12043 Berlin

Tel./Fax: 030/686 63 19, Mobil: 0172/993 84 57

E-Mail: kd.heiser@rote-reporter.de

Internet: www.rote-reporter.de

Franziska Schneider, Rote Reporterin und seit 2006 Studentin an der BTU in Cottbus, stellt die Gastgeberstadt vor:

Überschrift:

Wenn eben solche Zeiten sind, muss man anpacken

Vortext:

So sah es nicht nur der sozialistische Schriftsteller Erwin Strittmatter, der von Geburt an Brandenburg die Treue hielt, sondern auch DIE LINKE.

Der 1. Parteitag findet vom 24. und 25. Mai in der Messe Cottbus (CMT) statt. Zurecht, denn Brandenburgs zweitgrößte Stadt hat mehr zu bieten als das Fußballstadion des FC Energie Cottbus gegenüber den Messehallen.

Der Tagungsort befindet sich auf dem Gelände der Bundesgartenschau, die hier 1995 erstmals in den neuen Bundesländern stattfand. Im anliegenden Fürst-Pückler-Park können die für Europa einzigartigen Pyramiden bewundert werden. Die Schmalspur-Parkeisenbahn, 1954 als Pioniereisenbahn in Betrieb genommen, schlängelt sich durch Eliaspark, Spreeauenpark, entlang dem Tierpark bis zum Schloss Branitz. Als Bildungsstadt mit der Brandenburgischen Technischen Universität und der Fachhochschule Lausitz, ist Cottbus für junge, vor allem ausländische Menschen attraktiv. Die Zweisprachigkeit, nicht nur erkennbar an den Straßenschildern, lässt Tradition und Brauch der sorbischen Kultur aufleben. Sorbisch wird hier sogar noch unterrichtet.

Die Cottbuser Linken, mit dem Wahlkreisbüro des MdB Wolfgang Neskovic, haben sich zum Ziel gesetzt, erneut stärkste Kraft zur Kommunalwahl am 28. September zu werden. Ich sehe noch nicht, wo das hinläuft, äußerte Strittmatter nach der Wiedervereinigung. Damals war nicht abzusehen, dass es zu einer vereinten LINKEN kommen würde, die demnächst heiße Debatten in seinem Heimatland Brandenburg führen wird. Materialien zur Rentenkampagne (Quelle: neue linke 1/2008):

Überschrift:

Regierung plündert Rentenkasse

Vortext:

Jahrzehntelang funktionierte die gesetzliche Rente ziemlich gut.

Das Rezept: Während des Berufslebens zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber in die Rentenkasse ein. Aus ihr werden die Renten der heutigen Ruhestandler bezahlt. Die jeweils erwerbstätige Generation finanziert also die Renten der älteren Generation. Und die Renten folgten der Lohnentwicklung: Stiegen die Löhne, stieg auch die Rente. So wurden auch Ruhestandler am wachsenden Wohlstand in Deutschland beteiligt, Altersarmut war weitgehend unbekannt.

Mit Kanzler Schröder (SPD) fing das Elend an: Seine Regierung schuf einen Niedriglohnsektor und propagierte schlecht bezahlte Mini- und Midi-Jobs. Die Folge: Die Einnahmen der Rentenkasse brachen ein. Doch statt Medizin gab es weiteres Gift: Die Regierung entkoppelte die Rente von der Entwicklung der Löhnen und der Gesamtwirtschaft. Im Klartext: Während Konzerne und Banken auch dank Unternehmensteuerreform jährlich Milliarden Euro einstrichen, leidet die Sozialversicherung.

Die Rentenreformen 2001 und 2004 verschlimmerten die Situation für die Versicherten: Die Regierung beharrte darauf, dass die Beitragssätze für die Rentenkasse nicht steigen, wovon vor allem die Unternehmen profitieren. Denn die Regierung aus SPD und Grünen forderten die Beschäftigten gleichzeitig auf, privat für das Alter vorzusorgen. Die Riester-Rente wurde eingeführt, die die Arbeitnehmer alleine aufbringen müssen. Das Ende einer solidarischen Sozialversicherung, für die Beschäftigte und ihre Chefs zu gleichen Teilen aufkommen.

Dieser Wahnsinn hat Methode: Die Regierung Merkel (CDU) gibt es offen zu: Ziel ist eine flächendeckende Verbreitung der kapitalgedeckten Zusatzversicherung. Das freut die Versicherungsindustrie, die fette Profite einstreicht. Die Zeche zahlen vor allem junge Menschen: Sie berappen die private Altersvorsorge alleine und bei relativ stabilen Rentenbeiträgen erhalten sie im Ruhestand eine geringere Nettorente.

Überschrift:

Das will DIE LINKE

Vortext:

Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern das sind die Ziele der Renten-Kampagne der LINKEN. Hier die zentralen Punkte:

- Die Rentenformel reparieren. Insbesondere müssen alle Kürzungsfaktoren rückgängig gemacht werden. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2030 28 Prozent für die Altersvorsorge aufgebracht werden müssen. Bei der Finanzierung werden die Unternehmer geschont: Sie sollen nur 11 Prozent zahlen. Die Beschäftigten aber müssen 17 Prozent lohnen: 11 Prozent Beitrag zur Rente plus 6 Prozent für die Privatvorsorge. DIE LINKE will das gerechter gestalten: Unternehmer und Beschäftigte sollen in Stufen bis 2030 jeweils 14 Prozent einzahlen. Beschäftigte zahlen also drei Prozent weniger als bisher, die Bosse drei Prozent mehr.

- Versicherung für alle Erwerbstätigen einführen. In diese Versicherung sollen alle Berufsgruppen, auch Selbständige, einzahlen. Dadurch verbreitern sich die Beitragszahlungen.

- Nein zur Rente mit 67. DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Lebensarbeitszeit nicht verlängern will. Mehr noch: Aus gesundheitlichen Gründen müssen Beschäftigte mit 60 Jahren in Rente gehen können, ohne Renten-Abschläge hinnehmen zu müssen.

- Grundsicherung verbessern. Die Beitragszeiten mit niedrigen Löhnen müssen aufgewertet werden, um das Risiko zu verringern, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Grundsicherung muss erhöht, die Bezugsbedingungen müssen menschwürdig gestaltet werden.

- Ostrenten angleichen. Der Rentenwert Ost muss zügig an den Rentenwert West angeglichen werden. Bestehende Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung müssen abgeschafft werden.

Überschrift:

Eine Frage der Verteilung

Vortext:

In der aktuellen Rentendebatte geht es darum, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird

Die deutsche Gesellschaft erlebt einen demografischen Wandel. Vor 100 Jahren betrug der Altersquotient (das Verhältnis von Jung zu Alt) noch zwölf zu eins. In 20 Jahren kommen voraussichtlich nur noch zwei Erwerbsfähige auf einen Über-65-Jährigen. Gemerkt hat das in der Vergangenheit niemand: Der Sozialstaat, darunter auch die Rentenversicherung, wurde in der Nachkriegszeit auf beispielhafte Weise ausgebaut.

Das Geheimnis: Die Produktivität stieg und glich den Demografie-Effekt mehr als aus. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer produzierte von Jahr zu Jahr mehr Produkte und Werte, obwohl die Arbeitszeit sank. In den 1960er Jahren beispielsweise stieg die Produktivität um mehr als 50 Prozent. Dass sich gleichzeitig der Altersquotient veränderte, fiel dadurch nicht ins Gewicht.

Zukünftig wird die Produktivität voraussichtlich deutlich geringer steigen als in der Vergangenheit. Trotzdem kann der demografische Wandel aufgefangen werden: 2006 wurden im Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner fast 28.000 Euro Reichtum produziert. Professor Bert Rürup, Deutschlands neoliberaler Renten-Papst, kalkuliert mit einer Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent pro Jahr. Seinen Berechnungen zufolge stiege der erarbeitete Reichtum pro Kopf (vom Baby bis zur Greisin) auf 38.150 Euro im Jahr 2030. Etwa ein Drittel mehr als 2006.

Der wirtschaftliche Erfolg, der aus der gestiegenen Produktivität resultiert, schlägt sich zunächst in der Kasse des Unternehmers nieder: Er erzielt höhere Gewinne. Erst wenn Löhne und Gehälter steigen, kommen die Produktivitätsgewinne im Portemonnaie der Beschäftigten an. Diese hätten, bezogen auf die gestiegene Produktivität, in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent mehr steigen müssen, um Verteilungsneutralität herzustellen.

Verteilungsneutralität bedeutet, dass sich Löhne und Gehälter entsprechend der Produktivitätssteigerung und der Preissteigerungsrate erhöhen. Gelingt dies in Zukunft, könnten die Beitragssätze zur Rentenversicherung auch steigen. Dann würden Arbeitnehmerinnen und Rentner davon profitieren, dass die Leistungsfähigkeit der Arbeit wächst.

Wie der produzierte Reichtum verteilt wird, ist stets ein gesellschaftlicher Konflikt. Diejenigen, die auf den demografischen Wandel verweisen, um Rentenkürzungen zu rechtfertigen, kaschieren diesen Konflikt. In Frankreich, Italien, selbst Österreich haben Gewerkschaften diesen Verteilungskampf für sich entschieden und Rentenkürzungen verhindert. In Deutschland richtet sich dieser Kampf gegen die Rente mit 67, für die Wiederherstellung der bewährten Rentenformel und für höhere Löhne und Gehälter.

Dachzeile:
Kommentar

Überschrift:
Jung und Alt müssen gemeinsam kämpfen

Echte Rentenerhöhungen sind möglich. Dazu müssen die Löhne und Gehälter steigen. Sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine intakte Rentenformel führen zu guten Renten. Deshalb müssen die Generationen zusammen für ein besseres Leben kämpfen.

Wer 1971 im Westen Deutschlands mit 65 Jahren in Rente ging und zunächst 500 Mark bezog, freute sich 1991 mit 85 über eine Verdreifachung seiner Rente. Die Renten stiegen damals mit den Löhnen, weil die Gewerkschaften satte Lohnsteigerungen erkämpften. Dadurch stiegen die Einnahmen der Rentenkasse.

Die Regierung Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) hat mit diesem Prinzip gebrochen und die Rentenformel so geändert, dass die Nettorenten sinken. Die CDU setzt das fort. Seitdem wird Rentenpolitik nach Gutsherrenart gemacht zu Lasten der Seniorinnen und Senioren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner das sind keine Generationen, die einander ausplündern. Sie sind Verbündete im Kampf für ein besseres Leben, gegen Reiche und Vermögende.